

Bearbeitet von:

Peter Rauscher, Tel. 361 4697

Dr. David Lukaßen, Tel.: 361 6682

Lfd. Nr. **224/15**

**Vorlage
für die Sitzung der städtischen Deputation
für Soziales, Kinder und Jugend
am 08.01.2015**

Begegnungsstätten in der Stadtgemeinde Bremen: Sachstand Konzept zur Weiterentwicklung und Zusammenarbeit der Angebote für ältere Menschen

A. Problem

Im Zuge der parlamentarischen Beratungen zur Aufstellung der Haushalte 2014/2015 wurde bei der Haushaltsstelle 3411/684 10-4, Zuwendungen an Körperschaften, Verbände, Vereine, und Sonstige für Begegnungsstätten, Anschlag 2015: 900.000 € folgender Haushaltsvermerk zusätzlich angebracht:

Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss nach Beschluss der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nach Vorlage eines Konzeptes zur Weiterentwicklung und Zusammenarbeit der Angebote für ältere Menschen unter Einbeziehung der Arbeit der Dienstleistungszentren, der Senioren-Begegnungsstätten und der Aufsuchenden Altenarbeit.

B. Lösung

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen kann den erbetenen Bericht in der gewünschten Form nicht vorlegen. Es bedarf einer umfassenden Betrachtung der Begegnungsstätten zusammen mit den Angeboten der Dienstleistungszentren und der aufsuchenden Altenarbeit, die ihrerseits ausgeweitet wurde. Darüber hinaus ist die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen nach der Reise der staatlichen und städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nach Bielefeld aufgefordert, das sogenannte Bielefelder-Modell hinsichtlich möglicher Ansätze für eine Übertragung nach Bremen in seine Konzeption einzubeziehen. Ziel der Konzeption soll eine Kombination der Bereiche Begegnungsstätten, Quartierszentren, Dienstleistungszentren und einer 24-Stunden-Rufbereitschaft sein, die eine Versorgungssicherheit und Möglichkeit zur sozialen Teilhabe eröffnet, die es Menschen auch im hohen Alter erlaubt, in der vertrauten Umgebung und selbstbestimmt in der eigenen Wohnung zu leben.

Die Erstellung eines solchen Konzeptes kann nur im Austausch und Dialog mit den Trägern erfolgen und setzt eine Rückkoppelung und die Erhebung verschiedener Daten voraus. Insbesondere die Auswertung der Verwendungsnachweisprüfung für die Zuwendungen im Haushaltsjahr 2014 erscheint notwendig, um hier perspektivisch das Weiterentwicklungspotenzial zu ermitteln. Ebenso müssen die Erfahrungen der anstehenden Ausweitung der Aufsuchenden Altenarbeit ausgewertet und einbezogen werden. Ein weiterer Schwerpunkt muss die Einbeziehung veränderter Nutzungsanfordernisse älterer Menschen und die stärkere Einbeziehung von Männern und Personen mit Migrationshintergrund sein.

Da dies erst Mitte 2015 abgeschlossen sein wird, schlägt die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen vor, dass der erbetene Bericht in die Haushaltsberatungen bei der Aufstellung der Haushalte 2016/2017 einfließen wird. Die Begegnungsstätten sind in ihren jeweiligen Stadtteilen ein integraler Bestandteil der sozialen wie kulturellen Arbeit für ältere Menschen.

Um die Angebote der Begegnungsstätten in 2015 aufrecht zu erhalten, wird die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend gebeten, diesem Vorschlag zu folgen und der Entsperrung des Anschlags 2015 zuzustimmen. Kürzungen werden bei der Haushaltstelle 3411/684 10-4, Zuwendungen an Körperschaften, Verbände, Vereine und Sonstige für Begegnungsstätten, Anschlag 2015: 900.000 € nicht vorgenommen.

C. Alternativen

Keine, da bei Nichtaufhebung der Haushaltssperre die Begegnungsstätten wegen fehlender Mittel nicht weitergeführt werden können.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Wie unter B. beschrieben.

Die Besucherstruktur in den Begegnungsstätten ist relativ homogen. Die Altersgruppe der 70 bis über 90jährigen macht das Gros der Besucherinnen und Besucher aus. Ein durchgängiges Problem ist die Tatsache, dass die Einrichtungen kaum von Männern aufgesucht werden. Deren Anteil liegt teilweise weit unter 10%, in einzelnen Begegnungsstätten gehören weniger als 5 Männer zu den Stammbesuchern.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Sachstand zum „Konzept zur Weiterentwicklung und Zusammenarbeit der Angebote für ältere Menschen“ zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, das Konzept zur Beratung über die Haushalte 2016/2017 vorzulegen.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bitte die Verwaltung, einen entsprechenden Antrag auf Aufhebung der Haushaltssperre dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.